

An die Gewerkschaften und
progressiven Organisationen
der Schweiz

Genf, 3. Dezember 2010

Liebe Kolleginnen und Kollegen
Liebe Freundinnen und Freunde

Wir laden euch ein, um an einer gesamtschweizerischen Sitzung **die Möglichkeit des eidgenössischen Referendums gegen das neue Gesetz über die öffentlichen Pensionskassen auszuloten:**

Samstag, 18. Dezember 2010, 13.00 – 16.30 Uhr
Hotel Kreuz
Zeughausgasse 41
Bern

Traktanden:

- 1. Beschluss über die Lancierung des Referendums gegen das neue Bundesgesetz über die öffentlichen Pensionskassen**
- 2. Konkrete und organisatorische Modalitäten**

Mit diesem Gesetz, das in der Dezember-Session von den Eidgenössischen Räten verabschiedet werden soll, sollen alle öffentlichen Pensionskassen, die keine volle Deckung aufweisen, gezwungen werden, ihren Deckungsgrad massiv zu erhöhen, obwohl dies nicht notwendig ist und ohne dass dies zu einer Verbesserung für die Versicherten führt, ganz im Gegenteil. In der Beilage senden wir euch einen Artikel aus dem „Services Publics“, in welchem unsere Gründe für ein internes Referendum bei der Genfer Pensionskasse CIA dargelegt wurden.

Das neue Gesetz würde den Leistungsabbau bei all diesen Pensionskassen einläuten: Bei seinem Inkrafttreten müsste der Deckungsgrad auf 80 % plus 15 % Schwankungsreserven erhöht werden, obwohl nach Meinung von Experten wegen des unbeschränkten Bestandes öffentlich-rechtlicher Körperschaften (Kantone und Gemeinden) ein solcher von 60 % genügen würde. Die Erhöhung des Deckungsgrades würde Kantone und Gemeinden 43 Milliarden kosten, die in anderen Bereichen wie im Gesundheitswesen, in der Bildung, im Sozialen, in der Kultur usw. abgezwickelt würden.

In der Romandie wären die meisten öffentlichen Pensionskassen betroffen: Die Kasse der öffentlichen Schulen im Kanton Genf und der Genfer Verwaltung weist einen Deckungsgrad von 59,4% auf, die Pensionskasse des Kantons Neuenburg einen solchen von 60,5 %, die Pensionskasse des Kantons Waadt einen solchen von 66,1 %, jene der Stadt Lausanne einen solchen von 55 % usw. Die Pensionskasse des Kantons Bern ist ebenfalls bedroht.

Das neue Gesetz sieht zudem eine „Sperrung“ vor, die zur ständigen Erhöhung des Deckungsgrades zwingt. Eine Senkung dagegen wird verunmöglicht. 2000 bis 2002 – während der Krise der «neuen Ökonomie» - und 2007/08 während der «Subprime»-Krise - haben alle Kassen grosse Vermögensverluste erlitten (also eine Senkung des Deckungsgrades). Mit diesem immer zügelloseren Finanzkapitalismus wird uns eine Finanzkrise alle fünf Jahre vorausgesagt. Die herrschenden Kreise in diesem Land wollen im Namen einer angeblichen «Sicherung des Kapitals» diese rasende Kapitalakkumulation in sämtlichen Kassen – öffentlichen und privaten – verstärken. Damit setzen sie immer mehr den Folgen der Finanzkrisen und den Schwankungen der Finanzmärkte aus.

Mit einem solchen Gesetz und seiner «Sperrfunktion» gehen die wiederholten «Sanierungs»-Massnahmen bewusst auf Kosten der Versicherten und der Steuerzahlenden.

Dieses Gesetz wird immer mehr zu einem Bestandteil neoliberaler Politik: Bundesrat Couchepin hat dieses Gesetz 2008 damit begründet, dass die Stabilität des Personalbestandes und der unbeschränkte Bestand öffentlich-rechtlicher Körperschaften (Kantone und Gemeinden) als Folge der Privatisierung öffentlicher Dienste und/oder der Auslagerung ihrer Leistungen nicht mehr gesichert seien. Mit diesem Gesetz soll also die Privatisierung der rentablen Sektoren des öffentlichen Dienstes weiter vorangetrieben werden.

Mit der Erhöhung des Kapitaldeckungsgrades unserer Pensionskassen wird der Druck auf die Arbeitsplätze, die Löhne und die Lebensbedingungen der Menschen auf der ganzen Welt zur Erhöhung der Rendite weiter verstärkt.

Dieses Gesetz liegt im alleinigen Interesse der Banken und anderer Anlagefonds, die diese Kapitalien anlegen oder für sich arbeiten lassen.

Aus all diesen Gründen sind wir der Meinung, dass über das Referendum gegen dieses Gesetz diskutiert werden sollte und dass wir erneut kundtun sollten, dass wir in diesem Land das Rentensystem nach dem Umlageverfahren verstärken wollen, vor allem die AHV. An seinem Kongress vom 5./6. November hat der SGB übrigens beschlossen, ein solches Referendum zu unterstützen.

In der Hoffnung, euch an dieser Sitzung anzutreffen, verbleiben wir

mit kollegialen Grüssen

Paolo Gilardi (Genf), Mitglied des Landesvorstandes des VPOD

José Sanchez (Neuenburg), Mitglied des Landesvorstandes des VPOD

Ursi Urech, Mitglied des VPOD, Region Zürich

Pierre-Yves Oppikofer, Sekretär der VPOD Sektion Lausanne und Umgebung

Philippe Martin, VPOD Sekretär Region Waadt

Eric Decarro, ehem. Zentralpräsident VPOD

David Andenmatten, Präsident des VPOD Region Genf